



5

Prüfungstag:	27. Mai 2020 (HAUPTTERMIN)
Prüfungsbeginn:	08:00 Uhr

10

ABITURPRÜFUNG

Schuljahr 2019/2020

15

GESCHICHTE

mit grundlegendem Anforderungsniveau

20

Hinweise für die Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer

Bearbeitungszeit: 210 Minuten

25

Wählen Sie von den Aufgaben 1 und 2 **eine** zur Bearbeitung aus.

30

Für jede Aufgabe sind maximal 60 Bewertungseinheiten (BE) erreichbar.

35

Nicht alle abgedruckten Materialien folgen der reformierten Rechtschreibung.
Sie entsprechen der Quelle, der sie entnommen wurden.

Aufgabe 1

1848 – Revolution in Deutschland?

40 Nein, dieses Experiment in Freiheit und Einheit endete in keiner Götterdämmerung, es gab kein Finale furioso. Fast schien es, als gingen die alten Gewalten, sei es in Wien, Berlin oder Frankfurt, wie selbstverständlich zur Tagesordnung über. Der Bundestag funktionierte wieder, die Könige und Fürsten in allen deutschen Landen regierten wieder – dennoch war nichts mehr so wie zuvor, ein neues Kapitel der deutschen Geschichte war aufgeschlagen.

45 Michael Salewski, deutscher Historiker, 1991

50 **Überprüfen Sie, ausgehend vom Zitat, inwiefern die Ereignisse der Jahre 1848/49 als „Revolution“ bezeichnet werden können.**

(Zur Bearbeitung der Aufgabe sind alle Materialien einzubeziehen.)

55 **Material 1** Proklamation Sr. Majestät des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm IV. „An mein Volk und die deutsche Nation“, 21. März 1848

An mein Volk und die deutsche Nation.

60 Mit Vertrauen sprach der König vor fünfunddreißig Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland von Schmach und Erniedrigung.

65 Mit Vertrauen spreche Ich heute, im Augenblicke, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter dessen edelste Stämme Mein Volk sich mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter *einer* Leitung hervorgehen.

70 Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird Mich nicht verlassen und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt, Preußen geht fortan in
75 Deutschland auf.

Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April [1848] bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige in einer unverzüglich näher zu erwägenden
80 Form, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten.

Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Stände-Versammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, inneren und äußeren Gefahr ohne Verzug vorkehren.

Was heute vor Allem Noth thut, ist

- 1) Aufstellung eines allgemeinen deutschen, volksthümlichen Landesheeres,
- 2) bewaffnete Neutralitäts-Erklärung.

Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserem schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesamt-Vaterlande zu erhalten.

Gleichzeitig mit den Maaßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Stände-Versammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit.

Allgemeine Einführung wahrer constitutioneller Verfassungen, mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein.

Berlin, den 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

<http://www.documentarchiv.de> (17.10.2018)

Material 2 Rede des Abgeordneten Ludwig Uhland in der Sitzung der Frankfurter Nationalversammlung am 22. Januar 1849

Meine Herren!

[...]

Es ist in diesen Tagen wiederholt von Jugendträumen gesprochen worden, ich gestehe meinesteils, es verfolgt mich noch immer ein Traum, der Frühlingstraum des Jahres 1848. Die von einem Teile des Ausschusses angetragene Erblichkeit und die damit zusammenhängende Unverantwortlichkeit ist eine Anwendung der Grundsätze des in den deutschen Einzelstaaten durchgeführten Systems der konstitutionellen Monarchie auf die neu zu gründende Würde des Reichsoberhauptes. Ich will die Verdienste dieser Staatsform nicht herabsetzen, ihre geschichtlichen Leistungen und ihre Nützlichkeit für die Gegenwart, aber ich kann auch eine Schattenseite derselben nicht unberührt lassen, die ich gerade da erblicke, wo die reine Lehre den Lichtpunkt derselben findet. Der unverantwortliche, erbliche Monarch ist ein personifizierter Begriff der einheitlichen und stetigen Staatsgewalt, ein allegorisches Wesen, eine Fiktion des Regierens, keine natürliche Wahrheit. Da er nicht vermöge seiner persönlichen Eigenschaften, sondern durch das Erbfolgerecht zur Gewalt berufen ist, so müssen für den rechten Gebrauch

dieser Gewalt verantwortliche Räte eintreten. Unter dieser Bevormundung kann ein selbständiger Charakter schwer gedeihen, und wenn solche Charaktere sich fühlen, wenn sie aus der lästigen Stellung eines lebenden Gemäldes hervorbrechen wollen, so kommen sie mit dem konstitutionellen Rahmen in Widerstoß. [...]

135 Eine mächtige Volkserhebung muß sich aus ihrem eigenen Geiste die ihr angemessene Form schaffen. Wenn neulich behauptet worden ist, es sei ein Widerspruch, die Monarchie in den Zweigen zu erhalten und im Gipfel zu entbehren, so glaube ich, diesem Widerspruch einen andern entgegenhalten zu können. Ist denn unsre politische
140 Neugestaltung von der monarchischen, dynastischen, aristokratischen Seite des bisherigen deutschen Staatslebens ausgegangen? Nein! unbestritten von der demokratischen. Die Wurzel also ist eine demokratische, der Gipfel aber schießt nicht von den Zweigen, sondern aus der Wurzel empor. Das wäre dem natürlichen Wachstum der neu erstehenden deutschen Eiche nicht gemäß, wenn wir ihrem Gipfel ein Brutnest erblicher Reichsadler
145 aufpflanzen wollten. Wollte man, der Systematik wegen, verlangen, daß der einzelne Teil mit dem Ganzen durchaus übereinstimmen müsse, was ich nicht für nötig halte, so würde daraus nicht folgen, daß das Neue sich dem Alten fügen müsse, vielmehr umgekehrt. Ich bin aber auch der Meinung, daß die Staatsformen oft in der Wirklichkeit nicht so weit auseinander liegen als in der Theorie und im Feldgeschrei des Tages. So werden durch die
150 Aufhebung der politischen Standesvorrechte und durch Einführung freisinniger Wahlgesetze die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten den demokratischen Anforderungen der Neuzeit näher rücken. Ich spreche, wie gesagt, nicht gegen den Fortbestand der konstitutionell-monarchischen Verfassungen, aber davon bin ich nicht überzeugt, daß diese Staatsform mit ihren herkömmlichen Regeln für eine gänzlich neue,
155 umfassende Schöpfung, für die Verfassung des deutschen Gesamt Vaterlandes, triebfähig und maßgebend sein könne.

Ich gestehe, einmal geträumt zu haben, daß der großartige Aufschwung der deutschen Nation auch bedeutende politische Charaktere hervorrufen werde, und daß hinfort nur die Hervorragendsten an der Spitze des deutschen Gesamtstaates stehen werden. Dies ist nur
160 möglich durch Wahl, nicht durch Erbgang. Hier war freies Feld, hier war offene Bahn für wahre und kühne Gedanken, und ich glaube, daß das deutsche Volk für solche Gedanken empfänglich ist. [...]

Die einmalige Wahl, vermöge welcher das zum ersten Mal gewählte Oberhaupt die Würde vererben würde, diese erste Wahl ist ein letzter Wille, ein besonders feierlicher Verzicht
165 auf das Wahlrecht. Ich hoffe, meine Herren, Sie werden diesen Verzicht nicht aussprechen; er steht im Widerspruch mit dem Geiste, durch den Sie hierher gerufen sind. Die Revolution und ein Erbkaizer – das ist ein Jüngling mit grauen Haaren.

<https://www.hs-augsburg.de> (17.10.2018)

Material 3 „Das merkwürdige Jahr 1848“,
Lithografie aus dem „Neuruppiner Bilderbogen“, 1848



175

<http://www.dhm.de> (17.10.2018)

Aufgabe 2

180

Doppelte Staatsgründung im Schatten des Ost-West-Konfliktes

Die unterschiedlichen Gesellschaftsmodelle und politischen Ordnungsvorstellungen der rasch zerstrittenen Sieger der Anti-Hitler-Koalition waren [...] vor allem entscheidend bei den Anstrengungen zur Reform oder Restaurierung in Deutschland, die ab 1945 auf dem Weg zu neuer Staatlichkeit unternommen wurden. Enteignung und Bodenreform, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Entmilitarisierung und Demokratisierung waren die Stichworte, nach denen in den Westzonen und in der SBZ auf unterschiedliche Weise mit diametralem Ergebnis Regie geführt wurde.

190

Wolfgang Benz, deutscher Historiker, 2010

Erörtern Sie, ausgehend vom Zitat, inwiefern die alliierte Besatzungspolitik zwangsläufig zur Teilung Deutschlands führte.

195

(Zur Bearbeitung der Aufgabe sind alle Materialien einzubeziehen.)

Material 1a Washington Post, amerikanische Tageszeitung, 4. August 1945

200

Vor Potsdam gab es diejenigen, die fürchteten, dass Russland versuchen würde, Deutschland in einen sowjetischen Satelliten zu verwandeln. Es gab andere, die [...] fürchteten, dass Großbritannien aus dem entnazifizierten Reich einen Puffer gegen die Sowjetunion machen wollte. Und es gab wieder andere, die bemerkt hatten, dass die Alliierten mit gegenläufigen Zielen in Deutschland agierten [...]. Das Potsdamer Kommuniqué ist in erster Linie deshalb von Bedeutung, weil es die Grundlosigkeit dieser Ängste bewiesen hat, jedenfalls für den Moment. [...] Alle drei sind sich einig, dass es – soweit möglich – sowohl eine einheitliche Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland wie auch eine wirtschaftliche Einheit geben soll [...].

210

Material 1b Prawda, sowjetische Tageszeitung und Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), 3. August 1945

215

[...] Die Ergebnisse der [Potsdamer] Konferenz haben aufs Neue gezeigt, dass die Zusammenarbeit der drei Großmächte auf der zuverlässigen Basis grundlegender gemeinsamer Interessen beruht, die gleichzeitig den Interessen aller friedliebenden Völker entsprechen. Diese grundlegenden gemeinsamen Interessen bestehen darin, die Gefahr einer deutschen Aggression für immer zu beseitigen, das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus zu verhindern und einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern und die allgemeine Sicherheit zu gewährleisten. [...]

220

Sonnemann, Jan: Potsdam 1945. Das Ende des Zweiten Weltkrieges: Fakten ohne Verträge. In: Praxis Geschichte. Heft 2 (2011), S. 37.

225

Material 2 Mirko Szewczuk, „Von dem Onkel dürft ihr nichts annehmen“, 17. Juli 1947



<https://www.hdg.de> (02.11.2018)

Material 3a Regierungserklärung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 20. September 1949

[...] Mit der Konstituierung der Bundesregierung, die am heutigen Tage erfolgt ist, ist auch das Besatzungsstatut in Kraft getreten. Wenn auch die Zuständigkeit des Bundestags und der Bundesregierung durch das Besatzungsstatut beschränkt ist, so darf uns doch diese Entwicklung, dieses Werden des deutschen Kernstaates mit Freude erfüllen.

Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen des nationalsozialistischen Reichs, ist groß. Zwar müssen wir uns immer bewußt sein, daß Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei sind, daß es noch nicht gleichberechtigt neben den anderen Völkern steht, daß es – und das ist besonders schmerzlich – in zwei Teile zerrissen ist. Aber wir erfreuen uns doch einer wenigstens relativen staatlichen Freiheit. Unsere Wirtschaft ist im Aufstieg. Wir haben vor allem aber wieder den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Niemand kann bei uns, wie das im nationalsozialistischen Reich der Fall war und wie es jetzt noch in weiten Teilen Deutschlands, in der Ostzone, zu unserem Bedauern der Fall ist, durch Geheime Staatspolizei oder ähnliche Einrichtungen der Freiheit und des Lebens beraubt werden. Diese Güter: Rechtsschutz, Schutz der persönlichen Freiheit, die wir lange Jahre nicht besaßen, sind so kostbar, daß wir trotz allem, was uns noch fehlt, uns darüber freuen müssen, daß wir diese Persönlichkeitsrechte wieder besitzen. [...]

Wenn ich vom Frieden in der Welt und in Europa spreche, dann [...] muß ich auf die Teilung Deutschlands zurückkommen. Die Teilung Deutschlands wird eines Tages – das ist unsere feste Überzeugung – wieder verschwinden. [...]

Diese Teilung Deutschlands ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir

260 hoffen, daß dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht. [...]

Wenn auch der Eiserne Vorhang, der quer durch Deutschland geht, noch so dicht ist – er kann nichts an der geistigen Verbundenheit zwischen den deutschen Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs ändern. [...]

265

<https://www.konrad-adenauer.de> (06.12.2018)

Material 3b Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Otto Grotewohl auf der gemeinsamen Tagung der Provisorischen Volks- und Länderkammer in Berlin, 12. Oktober 1949

275 Am 7. Oktober 1949 bin ich nach der Konstituierung der provisorischen Volkskammer von ihrer stärksten Fraktion, der Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, als Ministerpräsident für die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benannt worden. [...]

280 Die Bildung der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und mit der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie

285 von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen.

Der von den Westmächten ins Leben gerufene Bonner Separatstaat ist die Vollendung der Spaltung Deutschlands, die von den imperialistischen Westmächten seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit betrieben wurde. Die dem deutschen Volke im Potsdamer Abkommen feierlich gegebenen Versprechungen wurden von diesen Mächten mit Füßen getreten, um in Deutschland ihre imperialistische Politik durchzuführen.

295 Unmittelbar nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Trumandoktrin und des Marshallplans dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. [...]

Die separate Währungsreform in Westdeutschland und in Berlin bedeutete noch einen wesentlichen Schritt auf diesem verhängnisvollen Wege. [...]

Schließlich führten sie mit der Errichtung des Bonner Separatstaates die Spaltung zu Ende. Diese systematisch betriebene Spaltungspolitik versuchten sie mit der Bonner Verfassung

300 zu maskieren, die nur eine Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts ist. [...]

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands führen den Auftrag ihrer imperialistischen Herren durch, die Rüstungsindustrie zum Arsenal des amerikanischen Imperialismus zu machen, Westdeutschland in ein Aufmarschgebiet für eine neue Aggression umzuwandeln und die Bevölkerung der deutschen Westzonen als Kanonenfutter für die Interessen ausländischer Finanzkreise zu verschachern. [...]

305 Der Weg im Westen ist der gleiche Weg in Verderben, Not und Tod, auf dem einst Hitler das deutsche Volk in den Abgrund führte.

Die drohende Gefahr eines imperialistischen Krieges hat uns mit gebieterischer
Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, für den Kampf zur Wiedervereinigung Deutschlands,
310 für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine wirkungsvolle und starke
Führung zu schaffen. [...]

<http://www.cvce.eu> (06.12.2018)